

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

Sporthalle an der JVA Brandenburg für Sport freigeben: Verträge einhalten!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt,

1. die aus Anlass des „Wachmann-Prozesses“ durchgeführten Umbauten an und in der Sporthalle der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel, Max-Josef-Metzger-Straße 41, unmittelbar nach Verkündung des Urteils zurückzubauen und die Halle unverzüglich und dauerhaft wieder mietvertragsgemäß dem Vereinssport zur Verfügung zu stellen.
2. im Falle des festgestellten Bedarfs eines großen Gerichtssaales entweder die Umnutzung der Sporthalle in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel zum Gerichtssaal nicht weiter zu verfolgen oder vor einem Umbau im Benehmen mit der Stadt Brandenburg sicherzustellen, dass den Vereinssportlern eine dauerhafte Trainingsmöglichkeit als Ersatz zur Verfügung steht.

Begründung:

Das Land Brandenburg ist Eigentümer der Sporthalle in der Max-Josef-Metzger-Straße 41, 14772 Brandenburg an der Havel. Diese befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel und steht den Beschäftigten der JVA zur Verfügung. Darüber hinaus vermietet das Land Brandenburg die Halle unter anderem an einen Judo- und einen Handballverein. Diese zahlen als Miete die durch sie verursachten Betriebskosten. Seit dem 16. März 2020 dürfen diese Vereine keinen Trainings- oder Wettkampfbetrieb mehr in dieser Halle durchführen. Zunächst wurde diese Entscheidung von der Anstaltsleitung der JVA und dem Justizministerium mit der Coronapandemie begründet.

Ohne, dass die Halle für den Vereinssport wieder freigegeben oder den Vereinen eine Kündigung erklärt wurde, begann am 7. Oktober 2021 der Wachmann-Prozess gegen einen ehem. SS-Wachmann aus Sachsenhausen.

Dieser sollte zunächst im Brandenburger „Stahlpalast“ stattfinden, ließ sich aber nicht mit dem dort ebenfalls untergebrachten Impfzentrum parallel durchführen.

Die Justizministerin nahm diesen besonderen Gerichtsprozess zum Anlass, generell die Umnutzung der Halle zu einem Gerichtssaal prüfen zu lassen. Nach Ihrer Auffassung benötige das Land für solche Verfahren eine große Halle, um alle Parteien und eine angemessene Anzahl von Medienvertretern und Vertretern der Öffentlichkeit zuzulassen.

Eingegangen: 13.06.2022 / Ausgegeben: 13.06.2022

Zunächst gar nicht und im Verlauf nur unzureichend wurden die Nutzer der Halle in diesen Prozess einbezogen. Weder erhielten die Vereine eine kurzfristige Wiedereröffnungs- noch eine langfristige Nutzungsprognose.

Bis heute bleibt das Justizministerium eine Zusicherung, unmittelbar nach Verfahrensende wieder vertragsgerechte Trainingsbedingungen herzustellen und nicht erst das Ergebnis der Prüfung abzuwarten, schuldig.

Ein Beschluss zur sofortigen Wiederherstellung von adäquaten Trainingsbedingungen nach dem Abschluss des Verfahrens ist daher notwendig.

Die Justizministerin erklärte auch in den Ausschusssitzungen des Rechtsausschusses vom 10.03.2022, 05.05.2022 und 09.06.2022 jeweils, dass das Ergebnis der Prüfung bisher nicht vorliegt.

Für die Vereine stellt die Ungewissheit über die langfristige Nutzbarkeit ein existentielles Risiko dar.

Dabei besteht die von der Justizministerin erkannte Not an Verhandlungsräumen insbesondere, wenn dafür kommunal genutzte Sporthallen wegfallen sollen, nicht. Die jährlichen Kosten für die Anmietung von externen Räumlichkeiten sind selbst nach den Zahlen der Landesregierung (vgl. Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abg. Kornmesser, Drucksache 7/5477) für solche besonderen Verfahren günstiger als der volkswirtschaftliche Wert einer Sporthalle. Mittlere 6-stellige Beträge wurden nur in den Pandemie Jahren erreicht.

Darüber hinaus erklärte der Präsident des LG Neuruppin in der Sitzung des Rechtsausschusses am 9. Juni 2022 im Rahmen der Vorstellung des digitalisierten Gerichtssaals, dass innerhalb der Gerichtsgebäude Sitzungen auch unmittelbar in andere Räume gestreamt werden können, um gegebenenfalls einem erhöhtem Öffentlichkeits- oder Presseinteresse gerecht zu werden.

Durch den Umbau aller Gerichtsgebäude auf den zu begrüßenden technischen Standard dürfte sich die Notwendigkeit zur Anmietung von größeren Sälen für Strafverfahren mit erhöhtem öffentlichem Interesse erheblich verringern. Zumal erfahrungsgemäß das Interesse bei solchen Verfahren je nach Verfahrenssituation auch schwankt und bei einer modularen Erweiterung durch Hinzuschalten von weiteren Gerichtssälen bedarfsgerecht auch innerhalb der Verfahren reagiert werden kann.

Keinesfalls ist der ersatzlose Wegfall einer durch Vereine genutzten Sporthalle mit der dauerhaften Errichtung eines Gerichtssaals gerechtfertigt. Im Übrigen ist auch der Wegfall für die Bediensteten ein erheblicher Einschnitt in die Möglichkeiten zur körperlichen Ertüchtigung.

Sollte das Justizministerium tatsächlich zu dem Ergebnis gelangen, die Halle zum Gerichtssaal umzubauen, darf der Umbau nicht erfolgen, bevor die derzeitigen Nutzer der Halle vorher eine dauerhafte Ausweichhalle zur Verfügung gestellt bekommen haben.